Stellungnahme

zu dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Landkreises Rotenburg (Wümme) zum 31.12.2017 und zu den Berichten über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 des Betriebes Abfallwirtschaft und des Rettungsdienstes des Landkreises Rotenburg (Wümme) durch das Rechnungsprüfungsamt

Die Prüfungsberichte des Rechnungsprüfungsamtes schließen mit dem Testat, dass die Jahresabschlüsse zum 31.12.2017 den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Landkreises vermitteln. Die Rechenschaftsberichte stehen im Einklang mit den Jahresabschlüssen, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage und stellen die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Zu einzelnen Anregungen und Prüfungsfeststellungen zu dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Landkreises Rotenburg (Wümme) zum 31.12.2017 nehme ich wie folgt Stellung:

Zu 5.2.1 Ordentliche Erträge, Prüfungsfeststellung 1, (Seite 12):

Das Buchungsverfahren ist zwischenzeitlich umgestellt worden. Die Einzahlungen werden nicht mehr als Erträge gebucht, sondern vom Aufwand abgesetzt.

Zu 5.2.1 Ordentliche Erträge, Prüfungshinweis, (Seite 14):

Die Anregung des Rechnungsprüfungsamtes wird aufgegriffen.

Zu 5.2.2 Ordentliche Aufwendungen, Prüfungsfeststellung 2 (Seite 21):

Die Anregung des Rechnungsprüfungsamtes wird aufgegriffen.

Zu 5.4.2 Analyse der Passiva, Prüfungsfeststellung 3 (Seite 44):

Das Verfahren ist mit Einführung des Rechnungsworkflows zwischenzeitlich umgestellt worden. Die Abrechnungen der Kommunen werden zeitnah nach Eingang in das Kassenprogramm eingebucht.

Zu 6.1.2 Vergabepfung vor Auftragserteilung , Prüfungsfeststellung 4 (Seite 56):

Im Ergebnis wurde es versäumt, nochmals die Kostenschätzung des Planungsbüros zu übersenden, weil diese nach Meinung des Fachamtes bereits nach der ersten Prüfung des Vergabeverfahrens vorgelegen hat. Aus diesem Grund wurde auch versäumt, die Bescheinigung des Rechnungsprüfungsamtes einzuholen, dass das Verfahren dem Vergaberecht entspricht. Ein wirtschaftlicher Schaden ist hierdurch nicht entstanden.

Zu 6.1.4 Prüfung der Abwicklung von im Berichtsjahr 2017 ausgeführten Aufträgen, Prüfungsfeststellung 5 (Seite 57):

Die Bürgschaften zu den Maßnahmen 4,6,7 und 8 werden nachgefordert. Die Überzahlung der Schlussrechnung der Maßnahme Nr. 8 in Höhe von 248,98 € wurde von der Firma zurückgefordert.

Stellungnahme zu dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 des Landkreises Rotenburg (Wümme) des Nettoeregietriebes Rettungsdienst

Zu 5.5.2 Entwicklung der Aktiva, Prüfungsfeststellung 1 (Seite 17):

Die Rückstände in der Bearbeitung der Fakturierung resultieren aus einem in 2017 geplanten Wechsel des Abrechnungssystems im Rahmen des Projektes „Mobile Patientendatenerfassung“. Dies hätte voraussichtlich zu einer Umstrukturierung und damit einer Vereinfachung der Abläufe im Zusammenhang mit der Fakturierung im Betrieb Rettungsdienst geführt. Aufgrund nicht von Landkreis Rotenburg zu vertretender Umstände ist mit der Realisierung dieses Projektes nicht vor 2019 zu rechnen; bis dahin muss die bisherige Abrechnungssoftware weiter genutzt werden. Trotz Optimierung aller hier stattfindenden Prozesse ist es, vor dem Hintergrund ständig steigender Einsatzzahlen, nicht mehr möglich, zeitgerecht abzurechnen. Zusätzlich führte der Wechsel des Leitrechnersystems in der Einsatzleitstelle für Rettungsdienst und Feuerwehr in Zeven zu einer nicht vorhersehbaren Abrechnungsproblematik, sodass für einen Zeitraum von drei Monaten die Bearbeitung der einzelnen Rechnungen einen nicht unerheblichen Mehraufwand nach sich zog. Um dem entgegenzutreten, wurde im Herbst eine Aushilfe beantragt, die seit November 2017 mit 16 Wochenstunden die Fakturierung unterstützt.

Stellungnahme zu dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 des Landkreises Rotenburg (Wümme) des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft

Zu 5.5.2 Prüfungsfeststellung 1 (Seite 18/19):

Bei den im Jahr 2017 gewährten Zuschüssen für Grünschnittsammelplätze handelte es sich nach Auffassung der Abfallwirtschaft in der Summe für den jeweiligen Platz um eine Investition. Inzwischen gibt es klare Regelungen für die Investitionszuschüsse für Grünschnittsammelplätze (s. Beschluss des KA am 03.05.2018). Die Zweckbindung wird sich durch die nachträgliche Fertigung von Zuwendungsbescheiden ergeben.

Zu 5.5.2 Prüfungsfeststellung 2 (Seite 20):

Die Ursache für die vom Rechnungsprüfungsamt festgestellte Differenz liegt wie bereits in der Prüfungsfeststellung erläutert in einer fälschlicherweise zum Haushaltsjahr 2017 statt 2018 zugeordneten Finanzrechnungsbuchung. Zukünftig wird auf die richtige Zuordnung geachtet.

Zu 5.5.3 Prüfungsfeststellung 3 (Seite 23):

Eine Refinanzierung der evtl. durch Rückstellungen nicht gedeckten Nachsorgekosten über Abfallgebühren ist unstrittig. Die Berücksichtigung des gesetzlich vorgesehenen Erstattungsanspruches aus Abfallgebühren durch die Anwendung der Nettobilanzierung ist nicht zu beanstanden, da die Refinanzierung durch Abfallgebühren aufgrund der gesetzlichen Andienungspflichten von Abfällen zur Beseitigung nahezu sicher ist und im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Geschäftsvorfall steht (s. IDW-Rundschreiben Nr. 34 v. 29.11.2012).“ In der Gebührenkalkulation für die Jahre 2018 bis 2020 wurde der Zuführungsbetrag ab 2019 verdoppelt (von 400.000 € auf 800.000 € jährlich).

(Luttmann)